

Antrag-Nr.: 2  
zu TOP: 8  
Rasterpkt.: Allg. Gespol.

## A N T R A G zur Hauptversammlung vom 6. bis 8. Oktober 2011 in Karlsruhe

Antragsteller: Bundesvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

---

Landesverband:

---

Headline: Patientenrechtegesetz

---

Auswirkungen auf den Haushalt  
(unmittelbar erkennbar):

---

### **Wortlaut des Antrages:**

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes hält die Zusammenführung bisher in  
2 anderen Gesetzen normierter Rechte der Patienten in einem eigenständigen Patien-  
3 tenrechtegesetz für nicht zielführend. Die vorliegenden Eckpunkte sind darüber hin-  
4 aus Ausdruck einer Kultur des Misstrauens gegenüber den Heilberuflern.

### **Begründung:**

5  
6 *Ausweislich der Begründung durch den Patientenbeauftragten der Bundesregierung*  
7 *Wolfgang Zöllner (CSU) soll mit einem eigenständigen Patientenrechtegesetz kein*  
8 *neues Recht geschaffen, sondern die in anderen Gesetzen normierten Rechte der*  
9 *Patienten zusammengefasst werden.*

10  
11 *Die 84. Gesundheitsministerkonferenz der Länder (29./30. Juni 2011) begrüßte und*  
12 *befürwortete eine Stärkung der Versicherten „bei ihrem Anliegen, möglichst selbst-*  
13 *ständig Rechte gegenüber den Krankenkassen und den Leistungserbringern“ wahr-*  
14 *zunehmen. Ausdrücklich soll aber nach dem Willen der Bundesländer nicht nur die*  
15 *Bündelung vorhandener Rechte, sondern auch ihre Erweiterung angestrebt werden.*  
16 *Die Bundesregierung wurde aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zum „Ausbau“ der*  
17 *Patientenrechte vorzulegen: Insbesondere bedürfe es einer Schließung von „Schutz-*  
18 *lücken im Schadensfall“ und der „Festlegung von Qualitätsrechten der Patienten ge-*  
19 *genüber Leistungserbringern“.*

20 *Die diskutierten Maßnahmen, insbesondere die Beweislastumkehr schon im behaupteten*  
21 *Schadensfall, führen in der Praxis zu einer Defensivmedizin und damit zu einer*  
22 *Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Patienten.*

**Abstimmung:** bei großer Mehrheit, zwei Gegenstimmen und etlichen Enthaltungen  
angenommen